

Stromproduktion mittels Einbau von Turbinen im Trinkwassernetz

(Begehren und Begründung)

Auch mit unserem Trinkwassernetz kann Strom produziert werden. Das oftmals hohe Gefälle zwischen Quellfassung und Reservoir kann ausgenutzt werden, indem man eine Wasserturbine ins Gefälle einbaut und zur Stromproduktion braucht. Die Eidgenossenschaft mit EnergieSchweiz sowie mehrere Kantone in der Schweiz fördern bereits diese ökologisch quasi unbedenkliche Möglichkeit der Stromproduktion. Der Kanton Freiburg als Voralpenkanton verfügt an vielen Stellen zwischen Quellfassung und Trinkwasserreservoir über optimales Gefälle, um solche Turbinen einzubauen.

Der Staatsrat des Kantons Freiburg bekräftigt an mehreren Stellen, umweltfreundliche Möglichkeiten für die Stromproduktion zu fördern (energiepolitische Ziele des Staatsrates, Richtpläne).

Damit die Schweiz die ratifizierten Kyoto-Protokolle zur Senkung der CO₂-Emissionen erreichen kann, muss sie den Anteil der erneuerbaren Energien bei der Elektrizitätserzeugung massiv steigern. Würden sämtliche in der Schweiz als wirtschaftlich betrachteten Potentiale zur Trinkwasser-Turbinierung ausgenutzt, ergäbe dies bereits einen Anteil von 20 % an der Zielerreichung. EnergieSchweiz setzt sich denn auch gezielt für Stromerzeugung aus dem Trinkwassernetz ein. Gemeinden und Wasserversorgungsunternehmen werden bei Grobanalysen und Vorstudien für den Bau solcher Anlagen auch finanziell unterstützt. Die beiden Unterzeichner des Postulats gelangen mit folgenden Fragen an den Staatsrat:

- Ist der Staatsrat bereit, sich mit der Förderung von Stromproduktion im Trinkwassernetz auseinanderzusetzen?
- Ist der Staatsrat bereit, Gemeinden und Wasserversorgungen dementsprechend zu beraten und Hilfe - in welcher Form auch immer - anzubieten.

Die beiden Unterzeichner dieses Postulates danken dem Staatsrat für die Antwort innerhalb der gesetzlichen Frist und verbleiben, sehr geehrter Herr Staatsratspräsident, sehr geehrte Damen und Herren Staatsräte, mit freundlichen Grüßen.

(Sig.) Nicolas Bürgisser und Jacques Crausaz, Grossräte

12. Februar 2004